

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Vorlage einer langfristigen Globalplanung**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Als Planungsgrundlage für die Investitionen im Bereich Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen, Spielplätze, Verkehrsinfrastruktur und Wohnungsbau, für die Konzeption von Bürgerämtern und für politische Entscheidungen in welchen Stadtteilen welche bürgernahen Dienstleistungen erbracht werden sollen, ist das Vorliegen einer vom Senat beschlossenen langfristigen Globalplanung erforderlich.

Aussagen über die Bevölkerungsentwicklung, ihren Altersaufbau und Wanderungsbewegungen innerhalb Bremens und ins niedersächsische Umland sind unverzichtbare Grundlagen für eine einheitliche Ressourcensteuerung. Insbesondere im Bereich des Einsatzes von Personal im öffentlichen Dienst muss eine ressortübergreifende Betrachtung vor dem Hintergrund einer langfristigen Globalplanung erfolgen.

Gerade die Einführung der neuen Steuerungsmodelle und des Produktgruppenhaushaltes erfordert einheitliche Mengengerüste, da der dort beschriebene Bedarf in Relation zur Bevölkerungsentwicklung konzipiert und in die mittelfristige Finanzplanung mit eingehen muss.

Die zurzeit gültige Globalplanung stammt aus dem Jahr 1990. Die dort aufgestellten Bevölkerungsprognosen sind nicht mehr aktuell.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat deshalb auf,

bis Ende März 2000 eine langfristige Globalplanung vorzulegen, die Grundlage für Haushaltsgesetz, Haushaltspläne und die mittelfristige Finanzplanung werden soll.

Karoline Linnert,  
Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen